

Völkermord und Kriegsverbrechen: Dramatische Wassernot in Donezk und ihre Ursachen

22 Juli 2025 20:44 Uhr

Die Millionenstadt Donezk leidet seit Jahren unter massiver Wasserknappheit. Grund dafür ist, dass die Ukraine der Stadt die wichtigste Zufuhr fließenden Trinkwassers, den noch in Sowjetzeiten gebauten Sewerski-Donetz-Donbass-Kanal, abgedreht hat und die größte Bezugsquelle der Region besetzt hält.



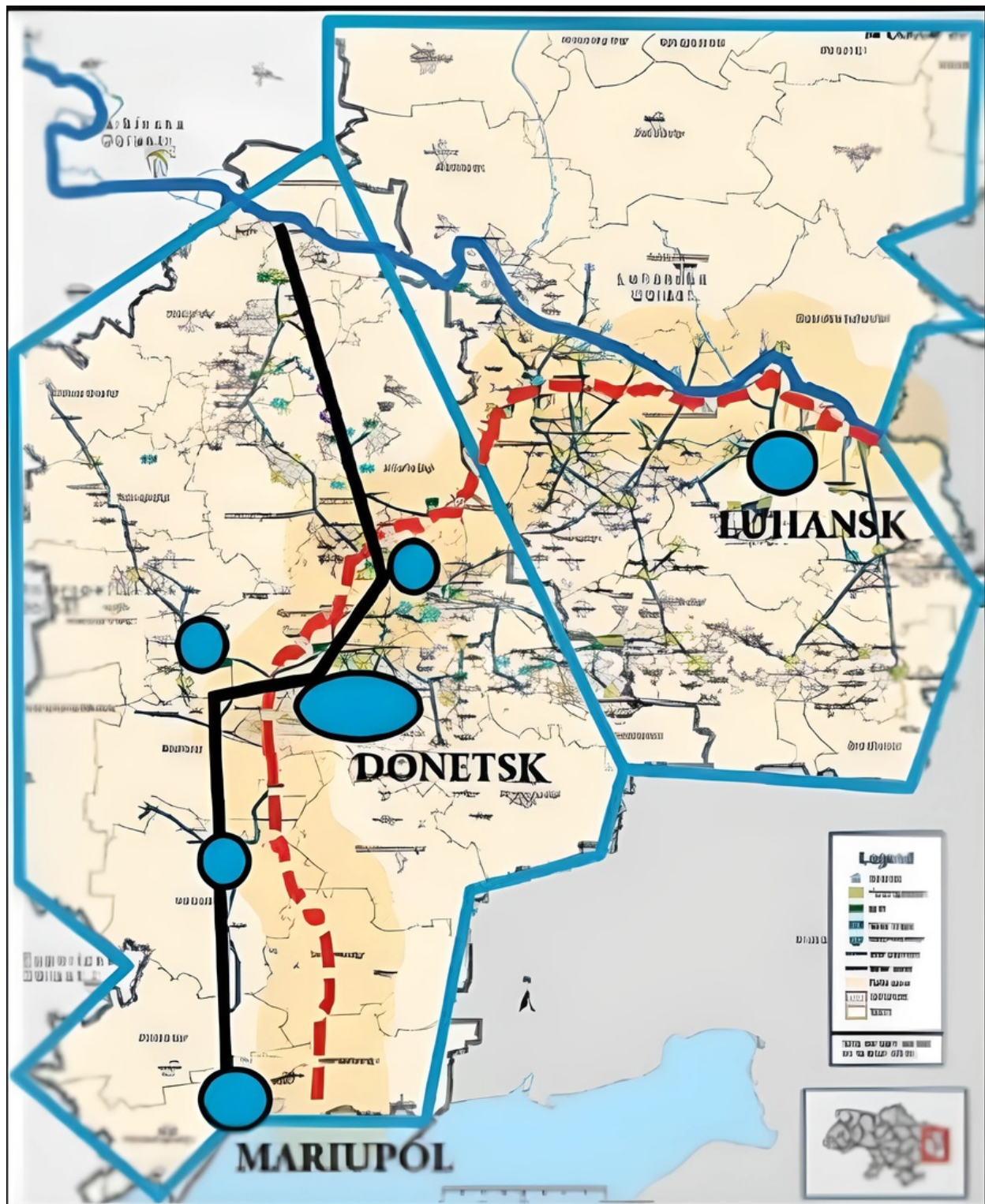
Quelle: Sputnik © Sergej Awerin

Da es kaum Wasser aus der Wasserleitung gibt, werden die Einwohner von Donezk mit Trinkwasser aus Lkws versorgt.

Von Alexej Danckwardt

Für den modernen Europäer ist es kaum vorstellbar, ohne fließendes Wasser in der Großstadtwohnung oder dem Haus auskommen zu müssen, für die Menschen in Donezk ist dies Alltag. Rationierungen der Versorgung kennen sie seit Sommer 2014, als die Aufständischen sich aus der nördlich gelegenen Stadt Slawjansk zurückzogen (von dort kam das Trinkwasser) und Kiew den Ausgangspunkt des ausgefallenen Wasserversorgungssystems der Region in die Hände bekam.

Zum besseren Verständnis der verzwickten Situation nachfolgend ein Schema der Wasserversorgung der Donezker Agglomeration. Darauf ist der Fluss Sewerski Donez blau dargestellt. Von ihm zweigt nordöstlich der Stadt Slawjansk die Hauptwasserleitung der Region, der Sewerski-Donetz-Donbass-Kanal ab (schwarz). Die rote gestrichelte Linie entspricht dem Frontverlauf 2015 bis 2022.



In den Jahren der Minsker Verträge nutzte Kiew dies als Erpressungsmittel und schränkte die Trinkwasserversorgung immer wieder und immer mehr ein.

Dass die Maidan-Ukraine der abtrünnigen Volksrepublik das Wasser nicht damals schon vollständig abgedreht hat, hatte nur einen Grund: Über den Versorgungskanal Sewerski Donez – Donbass wurde auch das damals ukrainisch kontrollierte Mariupol versorgt, das weiter südlich liegt. Pläne, Donezk auszutrocknen, gab es jedoch spätestens seit Wladimir Selenskij in Kiew an die Macht gekommen ist: Die Ukraine arbeitete seit 2021 mit Hochdruck an einer alternativen Versorgung Mariupols. Man kann davon ausgehen, dass sobald diese eingerichtet worden sei, die Wasserzufuhr über den Hauptkanal gesperrt worden wäre. Geplant hatte Kiew eine Wasserleitung mit zwei jeweils 70 Kilometer langen Strängen und einer Kapazität von 360.000 Kubikmeter pro Tag.

Den Hahn endgültig zugedreht hat Selenskijs Regime den Einwohnern von Donezk und Makejewka unmittelbar nach Beginn der militärischen Sonderoperation. Das Problem nimmt seitdem – von der Welt weitgehend unbemerkt – Ausmaße einer humanitären Katastrophe an. Trotz aller Bemühungen, alternative Wasserquellen anzuzapfen, einschließlich einer von Russland aus gebauten Wasserleitung, reicht dies nur für die Versorgung der Wohnhäuser wenige Stunden am Tag.

Anfang dieses Jahres verschlechterte sich die Situation nochmals dramatisch: Seitdem beschränkt sich die Wasserzufuhr in die Wohnungen in Donezk auf drei Stunden alle zwei Tage, seit April lebt auch Makejewka mit diesem Rhythmus. Außerdem wird eine sehr schlechte Wasserqualität beklagt.

Als Datum, an dem die Ukraine die Wasserzufuhr nach Donezk komplett einstellte, gilt der 30. März 2022. An diesem Tag mussten die Behörden der Volksrepublik aufgrund der Unterbrechung der Wasserversorgung die Heizperiode vorzeitig beenden und die Wasserzufuhr in die Wohnungen noch stärker als zuvor rationieren.

In Donezk wurden die Privathaushalte zunächst alle zwei Tage für zwei Stunden und in Makejewka alle drei Tage für drei Stunden mit Wasser beliefert. Wurden vor Beginn der Sonderoperation täglich 280.000 bis 320.000 Kubikmeter Wasser in das Netz von Donezk eingespeist, so musste die Stadt im November 2022 mit maximal nur noch 55.000 Kubikmetern pro Tag auskommen.

Man kann nicht behaupten, dass Russland und die örtlichen Behörden nichts unternommen hätten, um die Notlage zu entschärfen. Als kurzfristige Maßnahmen wurden Brunnen an Ort und Stelle gebohrt und alle vorhandenen lokalen Trinkwasserreserven angezapft. Die Gegend um Donezk ist jedoch nicht ohne Grund trockene Steppe: Die lokalen Trinkwasserreserven sind rar und das Grundwasser zudem von geringer Qualität.

Die Lösung sollte die [Wasserleitung Don – Donezk](#) sein, die in höchster Eile vom alten russischen Territorium aus gebaut wurde und in der Spitze eine Durchleitungskapazität von 300.000 Kubikmetern haben sollte. Am 31. März 2023 [nahm sie](#) ihren Betrieb auf und entschärfte den Wassermangel fürs Erste. Insbesondere die Zwischenreservoirs wiesen in der Folge jedoch einen größeren als den berechneten Wasserverlust auf. Zudem sollten mittels der Leitung nun außer Donezk auch Mariupol und zahlreiche andere Orte versorgt werden, sodass ihre Kapazität nicht ausreichte, die Wassersorgen der Volksrepublik vollständig zu beseitigen.

Anfang dieses Jahres, am 24. Januar 2025, kam die Nachricht, dass der Betrieb der Wasserleitung infolge ukrainischen Beschusses eingestellt werden musste. Offenbar hatte das Kiewer Regime die strategische Entscheidung getroffen, Donezk, Makejewka und Mariupol verdursten zu lassen. An nur diesem einen Tag wurden 291 Schäden an der Wasserleitung und den sie in Betrieb haltenden Pumpen verzeichnet – deutliches Indiz einer zielgerichteten Sabotage.

Die volle Arbeitsfähigkeit der Wasserleitung wiederherzustellen, ist angesichts fortdauernder Drohnen- und Raketenangriffe auf sie bis heute nicht gelungen. Solange sie in Reichweite der ukrainischen Drohmenterroristen liegt, verkommt die tägliche Reparatur zur Sisyphusarbeit.

Die Situation wird derzeit zudem durch eine abnorme Hitzewelle mit Temperaturen von bis zu plus 40 °C verschärft. Es gab in den vergangenen Wochen praktisch keinen Niederschlag, weshalb die Wasserreservoirs der Region praktisch leer sind. Es herrscht ein katastrophaler Wassermangel, wie die Behörden zugeben.

Dies hat bereits zu geringeren Ernteerträgen geführt und eine Revision der bisherigen Prognosen für die Getreideernte erzwungen, da die Gefahr eines wirtschaftlichen Rückschlags in der Region besteht.

Es ist nicht das erste Mal, dass das Kiewer Regime Wasser bzw. künstlich erzeugten Mangel daran als Waffe und Erpressungsmittel einsetzt. Nach dem Beitritt der Krim zu Russland im Jahr 2014 schnitt die Ukraine die Wasserversorgung der Halbinsel ab, indem sie den Nordkrim-Kanal mit einem Damm blockierte und damit die Wasserversorgung der Krim um 85 Prozent reduzierte. Wie auch im Fall des Donbass zeigt dies, dass die ukrainischen Nationalisten der Bevölkerung absichtlich schaden wollen, sie also auch mitnichten als ihre Landsleute betrachten. Auch dauerhafte Folgen für die Umwelt werden hingenommen, denn mit einer Rückkehr der abtrünnigen Regionen rechnet in Kiew niemand mehr.

Zu allem Überflus schlachten die ukrainischen Propagandisten die durch ihre Seite verursachten Katastrophen auch noch propagandistisch aus. Von den wenigen Menschen im Westen, die das Thema Wasser als Waffe überhaupt wahrnehmen, werden die ukrainischen Lügen dann [aufgegriffen](#). So wurde gar behauptet, dass es das russische Militär war, das die Wasserversorgung Mariupols "absichtlich zerstört oder abgeschnitten" hatte. Der Grund, warum Mariupol im Frühjahr 2022 ohne Wasserversorgung war, ist indes derselbe, aus dem auch Donezk ab demselben Tag betroffen war: Es war die Ukraine, die den Versorgungskanal nördlich der Hauptstadt der Volksrepublik sperrte. Dass es das mitversorgte Mariupol traf, interessierte die Nationalisten nun nicht mehr: In Mariupol lebt in etwa derselbe ethnische Mix wie in Donezk und gilt den Bandera-Nachfolgern eben nicht als Ukrainer.

Die ukrainischen Nationalisten versuchen das umzusetzen, was sie schon im Jahr 2014 lautstark angedroht hatten: "Der Donbass/die Krim werden ukrainisch oder menschenleer sein." Da sich abzeichnet, dass beide Gebiete nie mehr unter die Unterdrückungsherrschaft Kiews zurückkehren werden, setzen die Besessenen alles darauf, den zweiten Teil ihrer Drohung zu verwirklichen. Achtung vor dem Leben, der Würde und den Rechten anderer haben sie nicht und sind nicht bereit, sie in Frieden aus ihrem Staat zu entlassen. Deshalb werden sich auf dem Verhandlungswege auch keine pragmatischen Lösungen erzielen lassen, was überall sonst bei noch so scharfen Konflikten immer möglich war. Die Wasserversorgung des Donbass wird sich erst dann dauerhaft stabilisieren, wenn die russische Armee Slawjansk und Umgebung befreit hat.

Das Abschneiden der Zivilbevölkerung vom Trinkwasser ist ein gravierender Verstoß gegen das humanitäre Kriegsrecht, insbesondere die Zerstörung und Beschädigung von Wasserleitungen jeder Art. Mehr noch: Nach dem Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (auch als Genozid-Konvention bekannt) unterfällt dies auch der Genozid-Definition. Aber was ficht das die westlichen Unterstützer der Ukraine an? Sie genießen sich nicht einmal, dass sie einen Staat unterstützen, der Terrorakte begeht und dessen Offizielle damit auch noch angeben.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.